

Alerta Ilmenau

Antifaschistischer Infolyer für Ilmenau und Umgebung
Ausgabe 1 / Frühjahr 2010



Themen: Neonazis erklären Ilmenau zum Aufmarschgebiet | Er war ja nur ein stadtbekannter Trinker | Der sogenannte Bildungsstreik und die vermeintliche Protestbewegung | Freiräume schaffen, um Träume zu leben | Inklusive Kultur- und DIY-Seite

Editorial

Nun haltet ihr die erste Ausgabe der Alerta Ilmenau in den Händen und fragt euch: Alerta Ilmenau? Hat das was mit dem Alerta Ilmenau e.V. zu tun? Beim besten Willen haben wir mit diesem Verein nichts zu schaffen. Zum Einen weil wir Vereine als staatlich legitimierte Organisationsstrukturen, die zwangsläufig zu Hierarchien führen müssen (z.B. muss jeder Verein einen Vorstand haben), grundsätzlich ablehnen. Zum Anderen weil wir uns der Sozialpartnerschaft des Alerta e.V.s verweigern und unser Handlungsfeld viel mehr in der radikalen Kritik sehen, als im Betteln um Anerkennung. Wir meinen, dass wir sofort und für uns selber handeln müssen, ohne Vermittlung. Deshalb brechen wir mit allen Gruppen, die versuchen, den Kampf um eine freiheitliche Gesellschaft zu beschränken, indem sie uns an die Arbeit oder in die Klassen zurückschicken bzw. uns zu Verhandlungen und Aussöhnung drängen. Der vorliegende Flyer ist ein Produkt junger undogamtischer, kritischer und unabhängiger

Antifaschist_innen aus Ilmenau und Umgebung. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht kritisch über Ereignisse und Entwicklungen zu berichten und zu kommentieren. Warum nicht einfach einen anderen Namen für das Projekt nehmen? Ganz einfach, die Alerts haben sich für unabhängige antifaschistische Infolyer als Label etabliert. In Städten wie Arnstadt und Erfurt existieren bereits eigene Alerta-Redaktionen. Insofern könnte die Namensverwirrung ganz einfach durch eine Umbenennung des gleichnamigen Vereins gelöst werden. Im übrigen kommt das Wort *alerta* aus dem Spanischen und bedeutet soviel wie Warnung oder Alarm. Wir hoffen unser Flyer wird auch zukünftig mehr Alarm schlagen als der Alerta e.V.

In unserer ersten Ausgabe geht es um einen Rück- und Ausblick auf den „Thüringentag der nationalen Jugend“, Rebis Tod, eine Kritik der Studiproteste und um Freiräume. Bis zum Thüringentag am 12. Juni in Ilmenau hoffen wir, dass ihr die nächste Alerta in den Händen halten werdet, um Informationen zu Gegenaktionen zu erhalten.

Neonazis erklären Ilmenau zum Aufmarschgebiet

Der nachfolgende Text stammt im Original von der Antifaschistischen Gruppe Ilmenau [AGIL] und wurde hier redaktionell gekürzt. Das Original findet ihr z.B. unter <http://agst.antifa.net/index.php?menu=news&aid=359>

Von größeren Naziveranstaltungen blieb Ilmenau bisher verschont. Als einziges größeres Event könnte die Nazikaffeefahrt am 4. März 2006 gewertet werden, welche von der NPD-Thüringen (um Ralf Wohleben und Patrick Wieschke) organisiert wurde. Doch bald steht Ilmenau ein größeres Nazi-Event bevor.

Bereits nach dem 8. "Thüringentag der nationalen Jugend" am 13. Juni 2009 in Arnstadt erklärten die Thüringer Neonazis auf ihrer Homepage, dass der 9. "Thüringentag der nationalen Jugend" in Ilmenau stattfinden soll. Die Mobilisierung der Neonazis für den 12. Juni 2010 läuft bereits.

Der "Thüringentag der nationalen Jugend"

Beim "Thüringentag der nationalen Jugend" handelt es sich um eine seit 2002 regelmäßig stattfindende Neonaziveranstaltung mit Festivalcharakter. Es treten verschiedene Redner_innen der NPD, der sogenannten "Freien Kameradschaften", sowie mehrere nationalistische Bands und Liedermacher auf. Es handelt sich, neben dem "Fest der Völker" und dem "Rock für Deutschland", um die dritte größere öffentliche Musikveran-

staltung der Neonazis in Thüringen und besitzt überregionale Bedeutung.

Nachfolgend eine kurze Zusammenfassung der letzten Jahre:

2002 in Jena: 130 Nazis
2003 in Gotha: 300 Nazis
2004 in Saalfeld: 300 Nazis
2005 in Weimar: 150 Nazis
2006 in Altenburg: 250 Nazis
2007 in Eisenach: 400 Nazis
2008 in Sondershausen: 150 Nazis
2009 in Arnstadt: 200-250 Nazis

Fazit

Schon die regelmäßige Durchführung dieser Veranstaltung zeigt, dass der "Thüringentag der nationalen Jugend" zu einem der wichtigsten Events der Thüringer

Neonazis und auch überregional gehört. Thüringen entwickelt sich immer mehr zum Vergnügungspark der Neonazi-Szene. Dies wird nicht nur durch den "Thüringentag der

nationalen Jugend" offensichtlich, sondern auch durch andere Nazi-festivals, wie das seit 2003 stattfindende "Rock für Deutschland" und das "Fest der Völker", welches seit 2005 jährlich in verschiedenen Städten angemeldet und durch-

geführt wird. Dass der Thüringentag dieses Jahr in Ilmenau stattfinden soll, ist ein Indiz dafür, dass die Thüringer Neonazis versuchen in der Kleinstadt Fuß zu fassen. Treten wir ihnen dabei offensiv entgegen!



Er war ja nur ein stadtbekannter Trinker

Der nachfolgende Text stammt im Original von Indymedia und wurde hier redaktionell gekürzt und überarbeitet. Das Original findet ihr z.B. unter <http://de.indymedia.org/2010/01/271861.shtml>

Lars Rehbeil starb am 17. Januar 2009 in einer Gewahrsamszelle der Ilmenauer Polizeiinspektion. Der 28-jährige gehörte der örtlichen Punk-Szene an und geriet schon öfters mit der Polizei in Konflikt. Wie sich herausstellte, hatte sich Rebi an diesem Tag mit den Rauschmitteln übernommen. Er setzte sich auf die Straße und verweigerte das Weitergehen; von einem alarmierten Rettungssanitäter wollte er sich nicht helfen lassen. Der Rettungssanitäter rief daraufhin die Polizei, die Rebi in die Ausnüchterungszelle steckte.

Dort starb Rebi schließlich wegen Atemlähmung infolge einer Mischintoxikation von Alkohol und Heroin. Der vor Gericht hinzugezogene sachverständige Mediziner sagte, Rebis Leben hätte ganz einfach gerettet werden können, hätte man einen Arzt hinzugezogen, so wie es die Pflicht der Polizeibeamt_innen gewesen wäre. Dass niemand in der PI daran dachte einen Arzt für Rebi zu besorgen und damit entsprechend der eigenen gesetzlichen Vorschriften (§10 der Polizeigewahrsamsordnung) zu handeln, hat viel damit zu tun, wer Rebi war. Der Schichtführer Jörg P.

sagte bei seiner Verhandlung am 25. Januar 2010 im Gerichtssaal: "Man muss unterscheiden welche Personen in Gewahrsam genommen werden und warum." Rebi war ein Punk, ein "stadtbekannter Trinker", einer jener Leute, die per Stadtverordnung vom Wetzlaer Platz vertrieben wurden, weil sie das Stadtbild verschandeln. Rebi war für die bürgerliche Gesellschaft ein Aussätziger, für die Polizei stellte er ein Problem dar, weil seine Lebensführung von der maximal tolerierbaren abwich. All das schwingt mit, wenn ein Polizist im Gericht sagt, man müsse differenzieren, wer da in den Gewahrsam käme und dann entscheiden, ob ein Arzt hinzugezogen wird, trotz(!) anders lautender Vorschriften. 120 Tagessätze zu 60 Euro muss Jörg P. für die fahrlässige Tötung zahlen, sollte er nicht in Berufung gehen. Am selben Prozesstag wurde P. außerdem für Vollstreckung gegen Unschuldige bestraft, weil er einen Menschen ohne Haftbefehl in den Knast nach Suhl-Goldlauter brachte. P. erhielt dafür 90 Tagessätze zu 60 Euro. Beide Strafen wurden zu 150 Tagessätzen zu 60 Euro zusammengefasst.

Was bleibt?

Ob diese Strafe angemessen ist oder nicht, wir wissen es nicht. Es

liegt uns fern uns als Rechtsstaat aufzuspielen. Vielmehr sind wir schockiert, dass das Leben eines Punks, eines „stadtbekanntes Trinkers“ anscheinend weniger zählt als das eines „rechtschaffenden“ Bürgers. Für Rebi einen Arzt zu rufen, erschien umständlich und unnötig. Die notorischen Alkoholiker wachen ja am nächsten Morgen eh alle wieder auf und machen Krach in der Ausnüchterungszelle, so der O-Ton des Angeklagten im Gericht. Im Gericht wurde Rebi pathologisiert. Er sei depressiv gewesen, litt unter starken Gefühlsschwankungen und Aufmerksamkeitsdefiziten, war möglicherweise borderline-persönlichkeitsgestört, war notorischer Trinker und aggressiv. Die gesellschaftlichen Ursachen für Rebis Lebenslauf spielten keine Rolle. In einer erkalteten Gesellschaft ist jeder nur für sich selbst verantwortlich, so sehr ihn auch die unmittelbar gesellschaftlich vorgegebenen Umstände zugerichtet haben. Dass Rebis Leben nicht zuletzt durch den allgemeinen Charakter bürgerlicher Gesellschaft bestimmt ist, von der er sich bewusst abgrenzte, ist unwesentlich für ein deutsches Gericht, das Gesetze vollstreckt, die das Gesicht der kapitalistischen Barbarei tragen und sie reproduzieren sollen.

Unser Mitgefühl gilt Rebis Angehörigen und Freunden! A.C.A.B.

Der sogenannte Bildungstreik und die vermeintliche Protestbewegung

Anfang Dezember war es wieder so weit, es wurde „gestreikt“. Für alle, die unter Streik noch eine ökonomische Kampfform der Klasse der Lohnabhängigen verstehen, war klar, dass der „Streik“ reiner Selbstbetrug ist. Von der Frage abgesehen, ob Studierende überhaupt ökonomische Macht entfalten können, die sie in die Lage versetzen würde zu streiken, war in Ilmenau nicht mal die universitäre Varianten des Streik – durch Blockierung der Lehrveranstaltungen – zu haben. Sogleich wurde ein Flyer herausgegeben, auf dem begründet wurde, warum denn in Ilmenau keine Besetzungen stattfinden würden. „Wir arbeiten schon seit einigen Jahren konstruktiv mit der Hochschulleitung [...] zusammen, da unsere Hochschule kaum dem Trend der allgemeinen Entdemokratisierung gefolgt ist.“ Da an der TU Ilmenau kaum arbeitsfähige unabhängige politische Studierendenverbände existieren, stellt sich die Frage inwieweit die Studierendenschaft noch weiter entdemokratisiert werden könnte. Die „Streikenden“ halten einen Konstruktivismus hoch, der jegliche offenen politischen Auseinandersetzungen negiert und sich in der Nestwärme der

universitären Volks- bzw. Campusgemeinschaft einkuschelt. Offene Kritik gegenüber der Universitätsleitung ist unerwünscht und alle, die sich dem Diskurs der Campusgemeinschaft entziehen, werden als „Campusschädlinge“ ausgestoßen. Dieser Konstruktivismus ist es auch, der es den Studierenden unmöglich macht eine reflektierte Betrachtung der eigentlichen Ursachen der Bildungsmisere – was eine Kritik der Universitäts- und Gesellschaftsstrukturen beinhalten würde – durchzuführen. Stattdessen werden Forderungen an die Politik erarbeitet und „konstruktiv“ miteinander diskutiert. Wenn Politiker_innen Verständnis für die Forderungen aufbringen, z.B. für die Forderung nach dem Ende des Leistungsprinzips, sollte jeder und jedem einleuchten, dass nicht endlich das Drama der bürgerlichen Gesellschaft erkannt und eine libertäre Gesellschaftsorganisation angestrebt wird. Im Gegenteil dient dieser Diskurs im Grunde nur dem Beschwichtigen des Protests; eine Radikalisierung wie in anderen Ländern soll auf jeden Fall vermieden werden. Ein weiterer Grund dürfte wohl auch darin liegen, dass der Bildungstreik mit jeder Menge Inhaltlosigkeit gefüllt ist. Außer bei der Erarbeitung der Forderungen

wurde nie der Versuch unternommen eine Auseinandersetzung über die Ursachen der eigenen Situation zu führen.

Wenn die Forderungen der Streikenden auf ein „besseres“ Studium heruntergebrochen werden, dann zeigt sich bei der geringen Streikbeteiligung eher, dass das Studium schon in dem Sinne gut ist, dass es genau den Zweck erfüllt, den es erfüllen soll. An der TU Ilmenau ist ein positivistischer[1] Mob von Studierenden entstanden, der seine eigene Zurichtung für den kapitalistischen Arbeitsmarkt nicht nur als Begleiterscheinung der eigenen Wissensaneignung hinnimmt, sondern diese Zurichtung sogar entschieden affirmiert.

Was nun? Es sollte jedoch klar sein, dass an den Staat keine Forderungen gestellt werden sollten und die einzig progressive Aktion des Staates in seiner Auflösung bestehen würde. Eine freie Wissensvermittlung und herrschaftsfreies Lernen ist nur in einer Gesellschaft, die nicht auf dem Leistungs- sondern dem Lustprinzip organisiert ist, überhaupt erst denk- und umsetzbar. Bevor nicht eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft und ihre Überwindung geführt wird, verbleibt

der Studierendenprotest in seiner jetzigen Wirkungslosigkeit, der über mediale Inszenierung kaum hinaus kommen wird.

Fußnoten/Anmerkungen

[1] Der **Positivismus** ist eine Richtung in der Philosophie, die fordert, Erkenntnis auf die Interpretation „positiver Befunde“ zu beschränken. Das Wort „positiv“ wird dabei wie in den Naturwissenschaften gebraucht, in denen man von einem „positiven Befund“ spricht, wenn eine Untersuchung unter vorab definierten Bedingungen einen Nachweis erbrachte, während die Ausgangsbedingungen gar nicht untersucht werden. Siehe dazu auch „Positivismustreit“ bei Wikipedia.

Zur Kritik der Bildungsproteste:

AK Kritik Erfurt:

<http://akkritik.blogspot.de>

Kommuniqué aus einer ausbleibenden Zukunft. Über die Ausweglosigkeit des studentischen Lebens.

http://www.grundrisse.net/grundrisse32/kommunique_aus_einer_ausbleibenden_zukunft.htm

critique aujourd'hui:

<http://critiqueaujourd'hui.blogspot.de>

Freundeskreis Kritik:

<http://freundeskreiskritik.blogspot.de>

Freiräume schaffen, um Träume zu leben!

Überwachung mittels Kamera, tägliche Repression, verunsicherte Bürger und nicht zuletzt hetzenden Presse führten zum Ende des „Problems“ am Wetzlarer Platz. Das eigentliche Problem ist jedoch nicht beseitigt, sondern verdrängt worden.

An warmen Nachmittagen und Wochenenden trafen sich junge alternative Leute am Wetzlarer Platz, um gemeinsam die frische Luft zu genießen, sich zu unterhalten oder ein Feierabends-Bier zu trinken. Wer die Leute nicht kennt, wird zunächst abgeschreckt von ihrem Äußeren. Doch legt diese ach so offene Gesellschaft nicht besonders Wert darauf, alle gleich zu behandeln, egal welche Hautfarbe oder Aussehen? Der Ilmenauer Bevölkerung waren die „anders aussehenden“ Jugendlichen jedoch ein Dorn im Stadtbild und nicht gerade rühmlich für einen florierenden Tourismus. Die Lösung des „Problems Wetzlarer Platz“ lag auf der Hand. Wenn jemand nicht in das Stadtbild passt, muss gegengelenkt werden. Dazu sind alle Methoden recht. Die Kamera, die eigentlich zum Schutz und zur Überwachung des Denkmals „für die Opfer des Nationalsozialismus“ gedacht war, durfte ihren Blickwinkel erweitern und nun nicht mehr nur schützen,

sondern gleichzeitig überwachen.

Die Videokamera war so programmiert, dass bei einer Bewegung um das Denkmal das Objekt ins Visier genommen wurde, sodass die Linse fast ständig auf die sonnige Bank daneben gerichtet war, die sich verständlicherweise bei der städtischen bunten Jugend einiger Beliebtheit erfreute. Logischerweise findet mensch sich ständig beobachtet, was bei manchen ein mulmiges Gefühl hervorgerufen hat. Die Kamera hängt seit der Renovierung der alten Försterei nicht mehr an ihrem Platz. Lust hat trotzdem niemand mehr dort zu sitzen, da die Kamera nicht das einzige Druckmittel der Stadt war. Oft tägliche Polizeikontrollen konnten so manchen Nachmittag verderben und der Ausspruch von Platzverweisen war auch keine Seltenheit. Als ob das nicht schon genügt, hetzte die Presse gegen die Jugendlichen am Wetzlarer Platz, was für Außenstehende ein Horror-szenario in den Köpfen entworfen haben muss.

Der Höhepunkt und endgültige Schluss mit dem Treffpunkt war dann schließlich die Verordnung des Alkoholverbotes in der gesamten Innenstadt, wozu natürlich auch der Wetzlarer Platz gehört. Natürlich fühlt mensch sich in seinen Rechten immer mehr eingeschränkt und die

Stadt ging so weit, die Rechte der Allgemeinheit zu opfern, um ein Problem zu lösen.

Wäre es nicht für alle besser gewesen, den Jugendlichen ein Gebäude zur Verfügung zu stellen, wie in vielen anderen Städten in Thüringen?

Mittlerweile ist die „Vertreibung“ der alternativen linken Szene rund 2 Jahre her, aber einen zentralen Treffpunkt gibt es für sie noch immer nicht. Hilfe von außen wird nicht erwartet und schon gar nicht von einer Stadt, die mit Überwachung, Polizeipräsenz und (Not-)Verordnungen ihre Jugend tritt.

Alternativen für die Jugendlichen gibt es nach all den Repressalien nicht. Der Ilmenauer Stadtrat will als Kompromiss demokratischen Jugendlichen eine Chance geben, eine Stimme im Stadtparlament zu erlangen. Diese Stimme nennt sich „Jugendbeirat“. Eine Gruppe Jugendlicher also, die im Stadtrat für die gesamte Jugend spricht. Gewählt wird dieser Beirat nicht einmal, man kann sich willkürlich einschreiben und seine Meinung kundtun.

Eine Lösung ist das noch immer nicht. Was nützt uns die Erkenntnis, dass die Dinge untolerierbar sind?

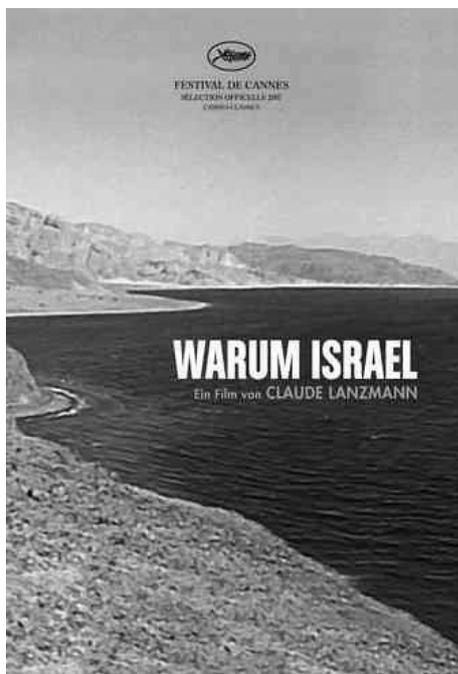
Dass nur eine Umgestaltung der Gesellschaft uns von dem Elend der kapitalistischen Produktionsweise befreien kann? Dass nur in einer libertären Gesellschaft das Wort „Individuum“ ohne Lüge ausgesprochen werden kann?

Wir stellen keine Forderungen an den Stadtrat oder die Stadtverwaltung, weil diese Institutionen uns nichts bieten könnten, was wir wollen. Wir appellieren an alle freiheitlich denkenden Menschen mit uns über die Möglichkeiten eines selbstverwalteten, antifaschistischen Jugendzentrums zu diskutieren, um in Ilmenau einen Schutzraum zu schaffen für alle Menschen, die von Faschismus, Rassismus, Sexismus oder Antisemitismus bedroht sind. Auch Kulturveranstaltungen sollten unabhängig von der sozio-ökonomischen Situation und anderer gesellschaftlicher Konstrukte für jede_n verfügbar sein.

Nicht vergessen: Wir kriegen nur, wofür wir kämpfen!



Filmtipp: „Warum Israel“



In dem Dokumentarfilm „Warum Israel“ aus dem Jahre 1973 widmet sich der Regisseur und Résistance-Kämpfer Claude Lanzmann der Frage, was Normalität in dem noch jungen Staate Israel bedeutet. Die über 3-stündige Dokumentation lässt viele verschiedene Personen zu Wort kommen und untermauert Lanzmanns Versuch: „Ich zeige in WARUM ISRAEL, dass die Normalität das eigentlich Anormale ist.“ Traurige Berühmtheit erlangte der Film, als seine Aufführung am 25. Oktober 2009 in Hamburg von linken Antisemit_innen verhindert und Besucher_innen als „Judenschweine“ beschimpft wurden. Auch wir denken: „Antisemitische Schläger unmöglich machen. Auch Linke.“

Mit positiver Resonanz wurde der Film bereits am 25.01.2010 in den Räumlichkeiten der TU Ilmenau vorgeführt.

Claude Lanzmann (1973): Warum Israel. 195Min. Italien/Frankreich.

Buchtip: „Kritik der politischen Ökonomie“

Von „Heuschrecken“ aus den USA, „Turbokapitalismus“ oder „Casinokapitalismus“ ist in den letzten Jahren einiges zu hören. Bei all dieser verkürzten Kapitalismuskritik lohnt sich die Lektüre von Michael Heinrichs „Kritik der politischen Ökonomie“. Auf der Grundlage von Marxens „Kapital“ stellt Heinrich dar, was Kapitalismus ist und auf welchen grundlegenden Kategorien er beruht. Diese Neuaneignung der Marxschen Theorie bedeutet nicht nur eine Kritik der krisenhaften Auswüchse, sondern eine fundamentale Kritik der Strukturen der kapitalistischen Produktionsweise und stellt schließlich die Frage nach einer „Gesellschaft jenseits der Warenform“.



Michael Heinrich: Kritik der politischen Ökonomie. Schmetterling Verlag. 2005.

DIY*-Seite

Es ist wieder so weit, die nächste Demo steht bald an und die Plakate müssen auch noch geklebt werden. Du hast mal wieder kein Geld oder die Geschäfte haben jetzt alle schon zu. Wir präsentieren dir im Folgenden ein Rezept mit dem du deine Plakate mit Hausmitteln zum Kleben bekommst.

Zutaten:

- 3 Einheiten Wasser
- 1 Einheit Mehl
- ½ Einheit Zucker

Zubereitung:

Wasser im Topf erhitzen, anschließend Mehl einrühren. Unter ständigem Rühren aufkochen. Bei kleiner Stufe kochen, bis es zähflüssig ist. Zum Schluss Zucker rein und abkühlen lassen.

Viel Spaß beim Kleben gehen!



**DIY = do it yourself – mach es selbst*

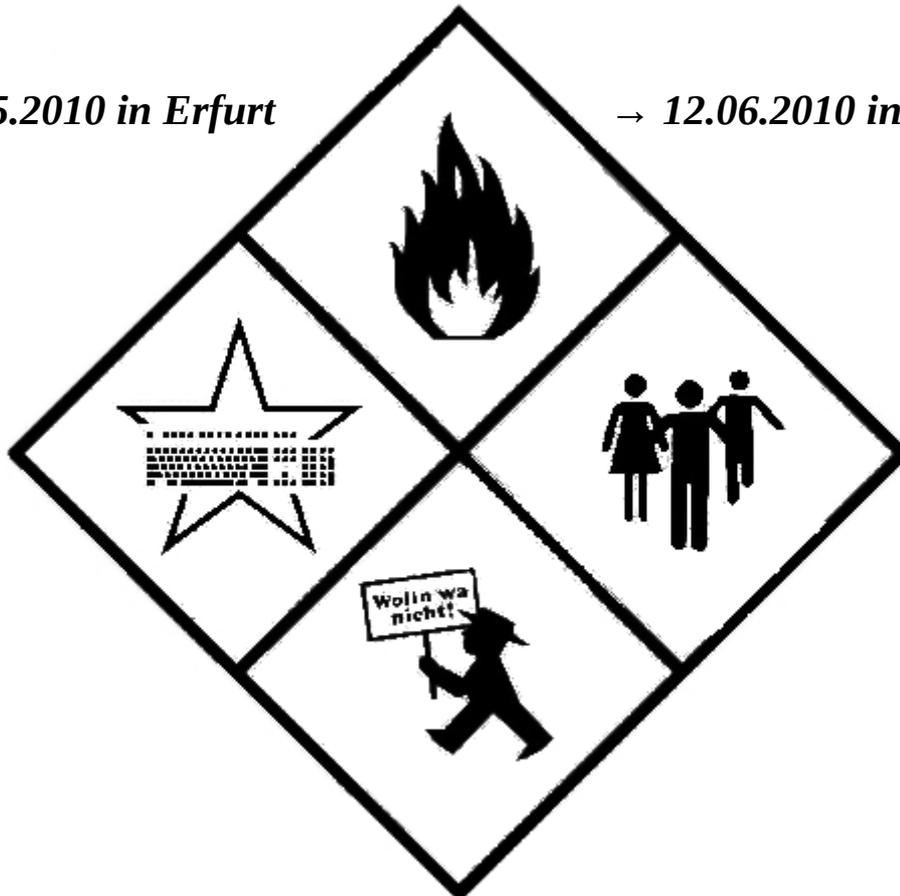
Die letzte Seite

**„Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen.“
(Karl Marx)**

Naziaufmärsche mit allen Mitteln verhindern!

→ 01.05.2010 in Erfurt

→ 12.06.2010 in Ilmenau



Kontakt:

[e-Mail] alerta_ilmenau-redaktion@riseup.net

[Post] Alerta Ilmenau, c/o Infoladen Arnstadt, Plauesche Str. 20, 99310 Arnstadt

Oder spricht eine_n euch bekannte_n Antifaschist_in an.

Die Seite der lokalen Antifa mit aktuellen Infos aus Südthüringen findet ihr im Internet unter <http://agst.antifa.net>

In Repressionsfällen wendet euch an die Rote Hilfe Südthüringen:

<http://rotehilfesth.blogspot.de>

V.i.S.d.P. Klara Fall, Bertolt-Brecht-Straße, 98693 Ilmenau

fordert nichts – besetzt alles